

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 141. Ratssitzung vom 3. Oktober 2012

3157. 2012/221

Weisung vom 31.05.2012:

Soziale Dienste, Bewilligung von jährlichen Ausgaben für private Teillohnangebote für die Jahre 2013 bis 2018

Antrag des Stadtrats

1. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Dock Zürich werden für die Jahre 2013 bis 2018 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 2 200 000.– bewilligt.
2. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Feinschliff GmbH werden für die Jahre 2013 bis 2018 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 1 835 000.– bewilligt.
3. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Stiftung Zürliwerk werden für die Jahre 2013 bis 2018 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 1 378 000.– bewilligt.
4. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots des Vereins Arche-Brockenhaus werden für die Jahre 2013 bis 2018 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 870 000.– bewilligt.
5. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots des Vereins Caritas-Markt werden für die Jahre 2013 bis 2018 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 600 000.– bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionreferent:

Dominique Feuillet (SP): *Die Arbeit ist zusammen mit dem Kapital und den Produktionsmitteln eine der Säulen für eine gut funktionierende Wirtschaft. Sie trägt zu unserem Wohlstand bei. Wenn die beiden Säulen nicht gleich gewertet werden, gibt es auch mit der Wirtschaft Probleme. In den letzten 20 Jahren wurde einseitig das Kapital bevorzugt und die Arbeit als notwendiges Übel betrachtet wurde. Arbeit ist für die Lebensqualität entscheidend. Dies wissen diejenigen am Besten, die arbeitslos wurden und letztendlich bei der Sozialhilfe landeten. Die Wichtigkeit der Arbeit bewog den Gewerkschaftsbund dazu, zu den Teillohnjobs ja zu sagen. Beim Beitritt in die Sozialhilfe wird die Arbeitsfähigkeit der Klientinnen und Klienten überprüft und mindestens 50% der arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden, die nicht in den Arbeitsmarkt integrierbar sind, stehen die Teillohnjobs in sozialen Firmen zur Verfügung. Mit diesen Tätigkeiten in den Teillohnjobs erbringen Sozialhilfebeziehende eine geforderte Gegenleistung und verbleiben im Arbeitsprozess. Mit diesen Teillohnjobs verdienen diese Leute Geld und können damit einen Teil ihres Existenzbedarfs abdecken. Dadurch wird die Stadtkasse entlastet. Die*

Reduktion der Sozialhilfe bewegt sich im Einzelfall zwischen 55% und 65% der Teillohnkosten. Im Bereich der Teillohnjobs sind mehrere städtische und private Anbieter tätig. Die privaten Angebote mit Teillohn wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt mit zwei- und dreijährigen Laufzeiten vom Gemeinderat bewilligt. Nachdem diese Angebote inzwischen etabliert sind und die Anbieter eine genügende Planungssicherheit brauchen, beschloss der Stadtrat sechsjährige Laufzeiten für die Verlängerung der Teillohnjobs. Mit der vorliegenden Weisung wird dem Gemeinderat beantragt, fünf Privatanbietern jährlich leistungsabhängige Maximalbeträge in der Höhe von 6.883 Millionen Franken für die Jahre 2013-2018 zu gewähren. Die Rechtsgrundlagen sind genügend.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Dadurch, dass die Sozialhilfebezüger einen Teil ihres Lebensbedarfs eigenständig verdienen, wird die Stadtkasse entlastet. Tatsächlich bedeutet die Weisung aber kurzfristig Mehrausgaben in Millionenhöhe. Ohne das Teillohnangebot wären die finanziellen Ausgaben der Stadt kurzfristig tiefer. Man könnte sagen, dass längerfristig die Sozialhilfe durchaus entlastet würde. Dies würde allerdings bedingen, dass die Personen aus den Teillohnangeboten erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Das Angebot wurde bereits 2009 im Gemeinderat behandelt. Damals war die Rückfallquote sehr hoch. Im Zusammenhang mit dieser Weisung wurde keine neue Statistik erstellt. Dies lässt vermuten, dass die Rückfallquote nicht gesunken ist. Gleichzeitig bedeutet dies, dass diese Teillohnangebote keine finanzielle Entlastung der Sozialhilfe mit sich bringen. Aus diesem Grund lehnt die SVP die gesamte Dispositivziffer ab.*

Andreas Hauri (GLP): *Das Ziel dieser Teillohnangebote ist, Sozialhilfebezüger möglichst rasch in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und dadurch die Sozialhilfe zu entlasten. Die Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt liegt zwischen 13 und 33%. Betrachtet man die finanzielle Entlastung der Stadtkasse ist es so, dass die Ausgaben wieder eingenommen beziehungsweise eingespart werden. Diese Massnahmen sind deshalb nachhaltig in Bezug auf einen Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: *Es wurde entschieden, die Laufzeit dieser Projekte auf vier Jahre zu begrenzen. Je nach Branche können zwischen 25 und 35% der Leute wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Dies ist ein erheblicher Teil. Es passiert selten, dass ein Klient aus den Angeboten der Stadt heraus in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnte und kurz darauf wieder aus dem Arbeitsmarkt herausfällt. Volkswirtschaftlich handelt es sich um einen Gewinn. Ausserdem wird den Leuten eine Perspektive und Tagesstruktur geboten, um ihnen zu zeigen, dass sie etwas leisten können und gebraucht werden. Alles andere führt zu gesundheitlichen Störungen, was noch mehr Kosten mit sich bringen wird.*

3 / 10

Änderungsantrag

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dominique Feuillet (SP): *Der Antrag der AL führt am Ziel vorbei. Nach Meinung der Mehrheit würde es zu weit führen, wenn wir den einzelnen Teillohnanbietern vorschreiben würden, welche personalrechtlichen Verhältnisse sie in ihren Betrieben haben müssen.*

Walter Angst (AL): *Im Mai 2009 wurde im Rahmen der Änderung des Personalrechts darüber diskutiert, welche Anstellungsbedingungen für die Teillohnbetriebe gelten sollen. Wir vertraten damals die Meinung, dass mit Ausnahme der Kündigungsbestimmungen und des Lohns dieselben Arbeitsbedingungen gelten sollen wie für das städtische Personal. Unser Antrag wurde damals schon abgelehnt. Die Kritik der Betroffenen, die in diesen Teillohnbetrieben arbeiten, läuft darauf hinaus, dass sie rechtlos sind. Wir waren der Meinung, die Betroffenen zu stärken und vergleichbare Bedingungen zu schaffen. Bei den privaten Teillohnanbietern sind bei den Arbeitsbedingungen gravierende Unterschiede vorhanden. Aus unserer Sicht hat die Stadt eine Verantwortung gegenüber Leuten, denen sie Arbeitsverhältnisse zuweist. Es sollte ein Standard definiert werden, aus dem heraus klar wird, welche Arbeitsbedingungen existieren sollen und mit welchen Möglichkeiten sich die Angestellten wehren dürfen, wenn es Probleme gibt.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *In diesen Betrieben gibt es nicht nur Personen, die über das Sozialamt zugewiesen werden. Es gibt auch Personen, die direkt von den Betrieben angestellt werden. Diese Personen haben die Arbeitsverträge der betreffenden Firmen. Das Begehren der AL hätte zur Folge, dass ein Teil der Arbeitnehmer die bisherigen Arbeitsverträge und die Teillohnbezüger andere Arbeitsverträge hätten. Betriebsintern würde dies zu Reibereien führen. Schlussendlich hätte dies mit einer Arbeitsintegration nichts mehr zu tun. Arbeitsintegration bedeutet auch, dass ein Arbeitnehmer den Arbeitsvertrag so akzeptiert, wie er ist.*

Walter Angst (AL): *Die Arbeitsverhältnisse sind anders als normale Anstellungsverhältnisse. Es handelt sich um Zuweisungen des Sozialdepartements. Die zugewiesenen Personen können aus den Arbeitsverhältnissen nicht austreten, ohne gravierende Konsequenzen zu tragen. Der Vergleich beider Arbeitskategorien ist deshalb nicht in dieser Weise möglich.*

Hans Urs von Matt (SP): *Der Antrag der AL ist nicht umsetzbar. Wir können die privaten Anbieter nicht zwingen, die Anstellungsbedingungen der Stadt zu übernehmen. Wir finden es nicht sinnvoll, dass innerhalb der Betriebe zwei Kategorien geschaffen werden. Die Anstellungsdauer in den Teillohnjobs ist beschränkt. Das Ziel ist Reintegration.*

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Ich habe die Arbeitsverträge ebenfalls gesehen. Ich habe nichts gefunden, das ich aus rechtlicher Sicht problematisch fand. Sollten aus rechtlicher Sicht problematische Arbeitsverträge in den Teillohnjobs vorhanden sein, würde dies vom Stadtrat nicht akzeptiert werden.*

Änderungsantrag (Neue Dispositivziffer 1. Die bestehenden Dispositivziffern werden zu Dispositivziffern 2 – 6.)

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung der nachfolgenden neuen Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Ergänzung zum Antrag des Stadtrats (neue Dispositivziffer 1):

1. Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Arbeitnehmenden, die von den Anbietern privater Teillohnangebote als Programmteilnehmende angestellt sind, ab 2013 einheitlich und analog dem städtischen Arbeitsrecht, ausgenommen die Bestimmungen über Kündigungsfrist und Gehaltshöhe, angestellt werden.

Mehrheit: Dominique Feuille (SP), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Andreas Hauri (GLP), Alain Kessler (FDP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP), Hedy Schlatter (SVP), Karin Weyermann (CVP)
Minderheit: Alecs Recher (AL), Referent
Abwesend: Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 112 gegen 3 Stimmen zu.

Dispositivziffern 1-5

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Andreas Hauri (GLP): *Die Kommissionsmehrheit beantragt, dem Antrag der Grünliberalen zuzustimmen und die Programmkosten der Angebote auf vier Jahre zu begrenzen und nicht, wie vom Stadtrat ursprünglich vorgesehen, auf sechs Jahre. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat einmal pro Legislatur einen Bericht bekommen und darüber diskutieren können sollte, wie es mit den Angeboten weitergehen soll. Das wirtschaftliche und soziale Umfeld verändert sich heute schnell, deshalb ergibt eine Verlängerung auf sechs Jahre keinen Sinn.*

Karin Weyermann (CVP): *Mit einem leistungsabhängigen Kostendach bleibt die nötige Flexibilität gewahrt, so dass auch eine sechs jährige Laufzeit bewilligt werden könnte. In dieser Weisung kann auch eine Laufzeit von vier Jahren unterstützt werden. Die Kom-*

5 / 10

missionsminderheit hat dies zur Kenntnis genommen und schliesst sich dieser Haltung an.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Dock Zürich werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 2 200 000.– bewilligt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Andreas Hauri (GLP), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit: Karin Weyermann (CVP), Referentin; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillel (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP)
Enthaltung: Alecs Recher (AL)
Abwesend: Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 111 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Feinschliff GmbH werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 1 835 000.– bewilligt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Andreas Hauri (GLP), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit: Karin Weyermann (CVP), Referentin; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillel (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP)
Enthaltung: Alecs Recher (AL)
Abwesend: Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Stiftung Züriwerk werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 1 378 000.– bewilligt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Andreas Hauri (GLP), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit:	Karin Weyermann (CVP), Referentin; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillet (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP)
Enthaltung:	Alecs Recher (AL)
Abwesend:	Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 111 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 4:

4. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots des Vereins Arche-Brockenhaus werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 870 000.– bewilligt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Andreas Hauri (GLP), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit:	Karin Weyermann (CVP), Referentin; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillet (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP)
Enthaltung:	Alecs Recher (AL)
Abwesend:	Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots des Vereins

7 / 10

Caritas-Markt werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 600 000.– bewilligt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Andreas Hauri (GLP), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Alain Kessler (FDP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit: Karin Weyermann (CVP), Referentin; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillet (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP)
Enthaltung: Alecs Recher (AL)
Abwesend: Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 112 gegen 0 Stimmen zu.

Weitere Wortmeldung:

Dominique Feuillet (SP): Die SP hat sich gemeinsam mit der CVP in der Kommission enthalten. Wir schliessen uns jetzt der Minderheit an, die dadurch zur Mehrheit wird.

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Alecs Recher (AL), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit: Andreas Hauri (GLP), Referent; Alain Kessler (FDP)
Enthaltung: Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillet (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP), Karin Weyermann (CVP)
Abwesend: Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 27 gegen 88 Stimmen ab.

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2.

8 / 10

Mehrheit: Alecs Recher (AL), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit: Andreas Hauri (GLP), Referent; Alain Kessler (FDP)
Enthaltung: Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillet (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP), Karin Weyermann (CVP)
Abwesend: Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 27 gegen 87 Stimmen ab.

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK SD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Alecs Recher (AL), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit: Andreas Hauri (GLP), Referent; Alain Kessler (FDP)
Enthaltung: Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillet (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP), Karin Weyermann (CVP)
Abwesend: Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 29 gegen 86 Stimmen ab.

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der SK SD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Alecs Recher (AL), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit: Andreas Hauri (GLP), Referent; Alain Kessler (FDP)
Enthaltung: Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillet (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP), Karin Weyermann (CVP)
Abwesend: Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 27 gegen 88 Stimmen ab.

9 / 10

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der SK SD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 5.

Mehrheit:	Alecs Recher (AL), Referent; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Minderheit:	Andreas Hauri (GLP), Referent; Alain Kessler (FDP)
Enthaltung:	Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Dominique Feuillet (SP), Renate Fischer (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Alan David Sangines (SP) i. V. von Linda Bär (SP), Karin Weyermann (CVP)
Abwesend:	Ursula Uttinger (FDP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 27 gegen 88 Stimmen ab.

Damit ist beschlossen:

1. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Dock Zürich werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 2 200 000.– bewilligt.
2. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Feinschliff GmbH werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 1 835 000.– bewilligt.
3. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots der Stiftung Züriwerk werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 1 378 000.– bewilligt.
4. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots des Vereins Arche-Brockenhaus werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 870 000.– bewilligt.
5. Für die leistungsabhängigen Programmkosten des Teillohnangebots des Vereins Caritas-Markt werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von jährlich maximal je Fr. 600 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 10. Oktober 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. November 2012)



10 / 10

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat